

# Klimaklagen

# Activist courts

- Umweltgerichtsverfahren spielten eine entscheidende Rolle dabei, Regierungen dazu zu bewegen, Gesetze zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung zu verabschieden.
- Sie haben jedoch auch politische Gegenreaktionen hervorgerufen.

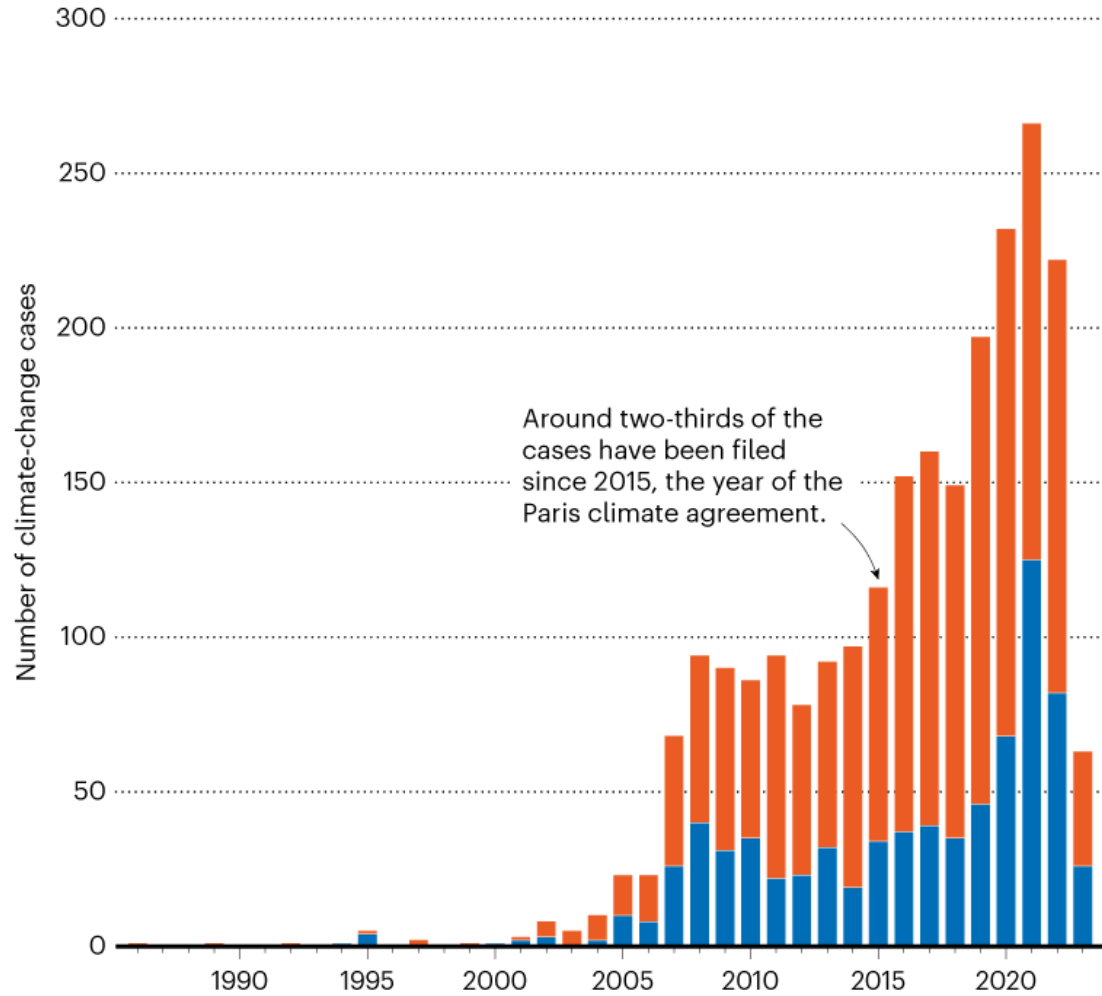
# Klimaklagen.

- Klagen gegen Unternehmen, Einzelpersonen
- Klagen gegen lokale, regionale oder nationale Regierungen
- Während Klimaklagen oft aufeinander aufbauen, gibt es wichtige Unterschiede in den Rechtstraditionen und Institutionen der einzelnen Länder.
- Die unterschiedlichen Strategien der Kläger wirken sich auch auf die potenziellen Auswirkungen von Klimaklagen aus.

## CLIMATE CASES SOAR

More than 2,340 legal cases relating to climate change have been filed in courts since 1986. Lawsuits have been registered in 51 countries in all regions of the world.

United States All other countries



©nature

\*2023 data are incomplete.

## NEWS EXPLAINER

16 April 2024 – Carissa Wong

**Do climate lawsuits lead to action?**  
**Researchers assess their impact**  
**Litigation can lead governments to**  
**strengthen their climate policies and curb**  
**companies' greenwashing, say scientists**

**Lawsuits can result in drops in share**  
**prices**

**Reduces greenwashing by companies**

# Juliana v. United States

- 2015. Eine Gruppe von 21 jugendlichen Klägern, unterstützt von James Hanson, reichte Klage gegen die Vereinigten Staaten ein und machte geltend, die Regierung habe durch die Förderung der Verbrennung fossiler Brennstoffe gegen die Rechte auf Leben, Freiheit und Eigentum sowie gegen die hoheitliche Pflicht der Regierung zum Schutz öffentlicher Grundstücke verstoßen.
- Die Klage wurde vor Gericht mit der Begründung abgewiesen: fehlende Klagebefugnis.

# Urgenda Foundation v. State of the Netherlands



- 2013. Die Urgenda Foundation verklagt die niederländische Regierung wegen unzureichender Maßnahmen gegen den Klimawandel.
- 2019. Der niederländische Oberste Gerichtshof verpflichtet den Staat, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 25 % unter das Niveau von 1990 zu senken. Er befand die Politik und Maßnahmen der Regierung für unzureichend, um den gerechten Beitrag des Staates zum UN-Ziel zu leisten, den globalen Temperaturanstieg auf 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

# Political response

- Niederländische Regierung ordnet vorzeitige Stilllegung des Kohlekraftwerks Hemweg an
- Im Juni 2019 verabschiedeter neuer Klimaplan (49 % CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2030) umfasst Steuern auf industrielle CO<sub>2</sub>-Emissionen und Anreize für den Übergang von Gas zu Strom ... Weitere Maßnahmen wurden anschließend eingeführt.
- Urgenda Klage wird Auslöser für das Gerichtsverfahren Milieu Defensie gegen Shell. Die Kläger beantragen beim Gericht, Shell zu verpflichten, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um 45 % gegenüber dem Niveau von 2010 zu reduzieren und bis 2050 auf null zu senken, entsprechend dem Pariser Klimaabkommen. Das Verfahren ist vor dem Obersten Gerichtshof anhängig.

# The Contribution of *Urgenda* to the Mitigation of Climate Change

Benoit Mayer 

*Journal of Environmental Law*, Volume 35, Issue 2, July 2023, Pages 167–184,

<https://doi.org/10.1093/jel/eqac016>

**Published:** 27 September 2022



PDF

 Split View

 Cite

 Permissions

 Share ▼

## Abstract

Dutch courts in *Urgenda* ordered the government of the Netherlands to reduce national greenhouse gas emissions by 25% by 2020, compared with 1990. The case has been presented as a remarkable judicial victory of climate action advocates. With hindsight, this article questions the case's contribution to the mitigation of climate change. If the *Urgenda* target has been met, this had little to do with the few measures that the government took too late and too hurriedly to achieve genuine mitigation outcomes. Rather, these measures likely caused a slight increase in global long-term emissions. And while the case has raised awareness, there is no reason to assume that it has translated into momentum for climate action more than it has hindered new policy developments. This case study sheds light on practical limitations of court-imposed climate targets that may justify the greater restraint that other courts have exercised in comparable cases.



# Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 30.04.2021

- Der Klimaschutz hat Verfassungsrang.
- Teile des deutschen Klimaschutzgesetzes von 2019 sind verfassungswidrig.
- Die für den Zeitraum von 2031 bis 2050 festgelegten Ziele zur Emissionsreduzierung sind unzureichend und beeinträchtigen die bürgerlichen Freiheiten junger Menschen und künftiger Generationen.
- 

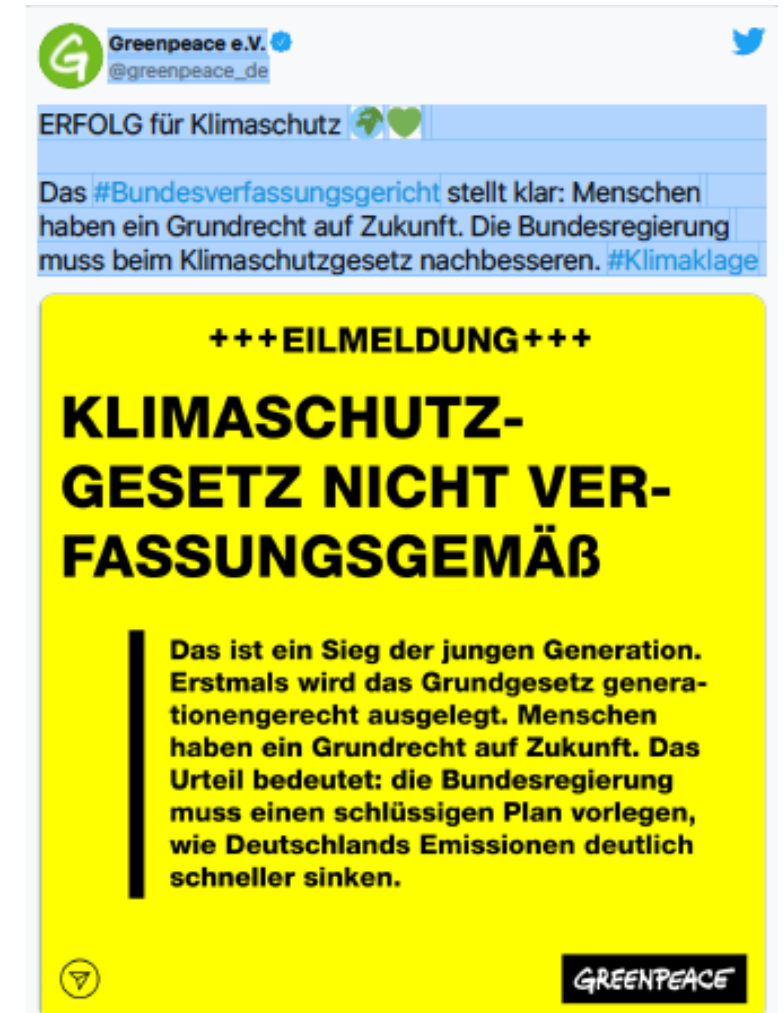


Photo: M. Schreurs

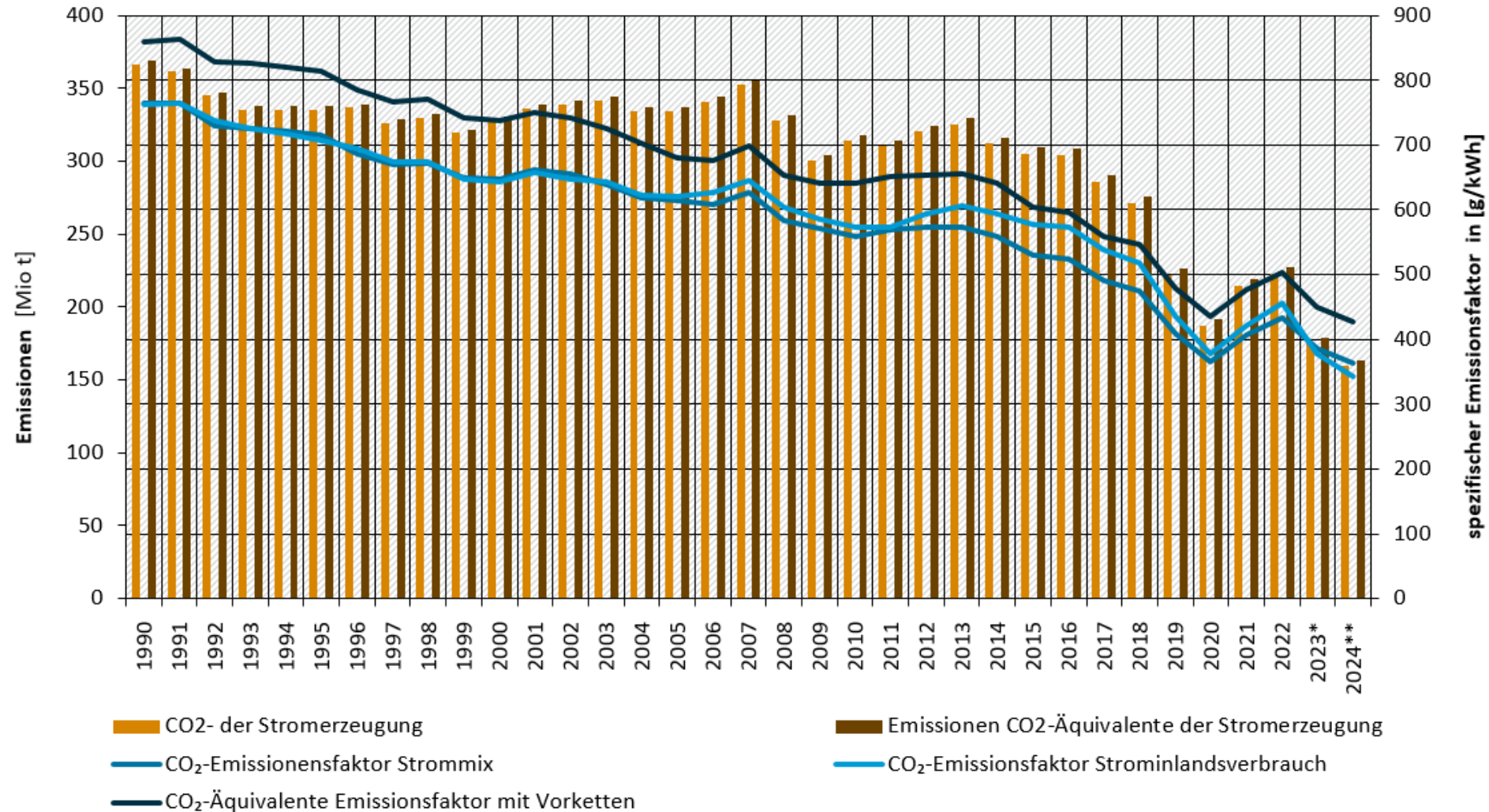
Das Gericht verpflichtet den Gesetzgeber, ein Gleichgewicht zwischen der Ausübung der Freiheit einerseits und der eindeutig zu erwartenden Schadensbelastung andererseits zu finden. Damit setzt Karlsruhe klare Grenzen der Verantwortung für eine „Senioren Demokratie“ (d. h. eine Demokratie mit vielen alten Menschen).

<https://www.dw.com/de/verfassungsgericht-zwingt-deutschland-zu-mehr-klimaschutz/a-57375634>

Im Juni 2021 hat die deutsche Bundesregierung das Klimaschutzgesetz von 2019 geändert und das CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel für 2030 auf 65 % angehoben, ein Reduktionsziel von 88 % für 2040 festgelegt, das Datum für die Erreichung der Klimaneutralität auf 2045 vorverlegt und strebt danach negative Emissionen an.



## Entwicklung der spezifischen Emissionen des deutschen Strommix 1990-2023 und erste Schätzungen 2024 im Vergleich zu Emissionen der Stromerzeugung



2023\* vorläufig  
2024 \*\* geschätzt

Quellen:Umweltbundesamt eigene Berechnungen März 2025

# KlimaSeniorinnen v Switzerland



Photo: Greenpeace

Am 9. April 2024 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zugunsten der Schweizer Vereinigung Klimaseniorinnen:

- Die Klimapolitik der Schweiz reicht nicht aus, um ältere Frauen zu schützen, die besonders anfällig für die mit dem Klimawandel verbundenen Temperaturextreme sind.
- Es gibt kritische Lücken im nationalen Klimamaßnahmen
- Die Schweiz hat ihre bisherigen Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen nicht erreicht.

# Limitations of Policy Implementation

- Am 6. März 2025 entschied das Ministerkomitee des Europarates, dass die Schweiz die Anforderungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte noch nicht erfüllt
- Die Schweiz muss noch nachweisen, dass sie genug unternimmt, um ihre Politik an einer Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 1,5 °C auszurichten.

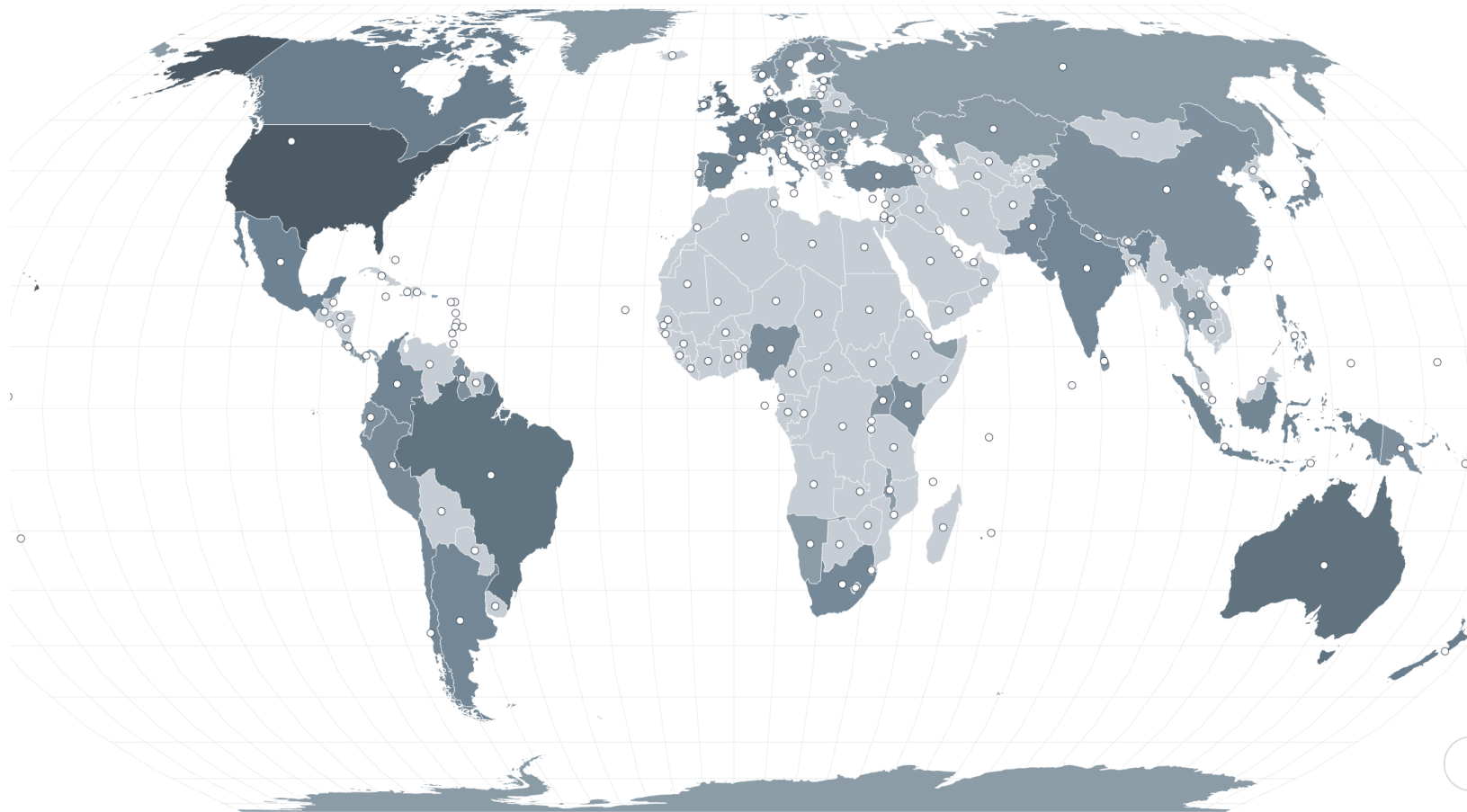


# Trump Administration

- Zur Paris Abkommen:
- „Es gibt auch schwerwiegende rechtliche und verfassungsrechtliche Probleme. Ausländische Staats- und Regierungschefs in Europa, Asien und auf der ganzen Welt sollten nicht mehr Einfluss auf die US-Wirtschaft haben als unsere eigenen Bürger und ihre gewählten Vertreter. Daher stellt unser Austritt aus dem Abkommen eine Bekräftigung der Souveränität Amerikas dar...
- Die Risiken nehmen zu, da solche Abkommen in der Vergangenheit mit der Zeit immer ehrgeiziger geworden sind. Mit anderen Worten: Das Pariser Abkommen ist ein Ausgangspunkt – so schlecht es auch sein mag – und kein Endpunkt. Der Austritt aus dem Abkommen schützt die Vereinigten Staaten vor künftigen Eingriffen in ihre Souveränität und vor massiven künftigen rechtlichen Verpflichtungen. Glauben Sie mir, wir haben massive rechtliche Verpflichtungen, wenn wir im Abkommen bleiben.“

# International Court of Justice (ICJ). July 23, 2025

- Der Internationale Gerichtshof entschied, dass Staaten verpflichtet sind, die Umwelt vor Treibhausgasemissionen zu schützen und mit der gebotenen Sorgfalt und Zusammenarbeit zu handeln, um dieser Verpflichtung nachzukommen.
- Dazu gehört auch die Verpflichtung aus dem Pariser Klimaschutzabkommen, die globale Erwärmung auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.
- Verstoßen Staaten gegen diese Verpflichtungen, haften sie rechtlich und können je nach den Umständen dazu verpflichtet werden, das rechtswidrige Verhalten einzustellen, Garantien für die Nichtwiederholung zu geben und vollständigen Schadensersatz zu leisten.



Darker color indicates the number of litigation submissions in our databases.

This map uses the [ISO 3166](#) country code standard and is without prejudice to the status of or sovereignty over any territory.

## The Climate Litigation Database

Brazil 142  
China 4  
Germany 67  
India 14  
South Africa 11  
United States 3020

As of 21 Oct. 2025



# Beijing Grassland Alliance v Xingyi Shangcheng Power Generation Co. Ltd.

- Das Beijing Grassland Alliance Environmental Protection Center hat mit Unterstützung von drei weiteren Nichtregierungsorganisationen die Xingyi Shangcheng Power Generation Company Limited verklagt. Der Kläger stellte acht Forderungen, die sich auf drei zentrale Punkte konzentrierten:
- 1. Umweltschäden: Emission von Abgasen, Staub und wichtigen Schadstoffen über den zulässigen Grenzwerten, Manipulation oder Fälschung von Daten zur Überwachung der Umweltverschmutzung und mangelnde Wartung der automatischen Überwachungsgeräte.
- 2. Kohlenstoffemissionen: Der Kläger behauptete, dass der Beklagte die zulässigen Grenzwerte für Kohlendioxidemissionen überschritten habe.
- 3. Kohlenstoffquoten: Der Kläger argumentierte, dass der Beklagte während der ersten Compliance-Periode des Emissionshandelssystems für 821.596 Tonnen Kohlenstoffemissionsquoten nicht bezahlt habe.

Das Gericht entschied, dass es für die Nichteinhaltung von Verpflichtungen im Rahmen des Emissionshandelssystems zuständig ist. 2. Obwohl das chinesische Recht Kohlendioxid derzeit nicht als Schadstoff einstuft, unterliegen seine Emissionen dennoch strengen Kontrollen, und die für überschüssige Emissionen verantwortlichen Stellen müssen ihren Verpflichtungen entsprechend nachkommen.

# 2024 developments

- Im Jahr 2024 wurden mindestens 226 neue Klimaklagen eingereicht.
- Gesamtzahl der bisher eingereichten Klagen: 2.967 in fast 60 Ländern.
- In den USA wurden 2024 164 Fälle registriert.
- Politische Gegenwinde verändern weltweit die Landschaft der Klimaklagen, insbesondere in den USA. Von den 226 im Jahr 2024 eingereichten Klagen wurden 60 als Fälle eingestuft, deren Argumentation nicht mit den Klimazielen übereinstimmt. Viele davon stellen die Befugnis von Regierungen zur Verfolgung einer vorgeschlagenen Klimapolitik oder die Umwelt-/Sozial-/Governance-Agenden (ESG) von Unternehmen in Frage.
- <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/global-trends-in-climate-change-litigation-2025-snapshot/>

# Rise in persecution of climate defenders in Europe slammed by UN expert



**Shanna Hanbury**

21 Oct 2025 [Europe](#)

[Comments](#)



Climate activists worldwide are facing increased persecution and criminalization by governments, with some of the most severe measures coming from Europe, according to a United Nations human rights

## Judge dismisses young activists' lawsuit against Trump, concedes 'very real' climate harm

The Associated Press | Posted: October 15, 2025 11:46 PM | Last Updated: October 15

Ruling concludes it is beyond the power of the judiciary to create environmental policies

### Image | Youth Climate Lawsuit-Trump

Caption: University of Montana student Maddie Grebb leads a chant across the street from the Russell Smith federal courthouse in Missoula, where young climate activists were in court challenging President Donald Trump's orders promoting fossil fuels, Sept. 17. (Ben Allan Smith/The Missoulian/The Associated Press)

[Load image](#)

A federal judge on Wednesday dismissed a lawsuit from young climate activists seeking to block U.S. President Donald Trump's executive orders promoting fossil fuels and discouraging renewable energy.

U.S. District Judge Dana Christensen said the plaintiffs showed overwhelming evidence climate change affects them and that it will worsen as a result of Trump's orders.

But Christensen concluded their request for the courts to intervene was "unworkable" because it was beyond the power of the judiciary to create environmental policies.

The 22 plaintiffs included youths who prevailed in [a landmark climate trial against the state of Montana in 2023](#). During a two-day hearing last month in Missoula, the activists and experts who testified on their behalf described Trump's actions to boost drilling and mining and discourage renewable energy as a growing danger to children and the planet.

Eine Klage gegen die Pläne der Trump-Regierung, mehr fossile Brennstoffe zu fördern und das Wachstum erneuerbarer Energien zu begrenzen, wurde mit der Begründung abgewiesen, dass es sich hierbei um eine legislative und nicht um eine gerichtliche Angelegenheit handele. Das Gericht räumte ein, dass es zahlreiche Belege für den Klimawandel gibt.

## **US EPA to withdraw foundation of greenhouse gas rules, sources say**

By Valerie Volcovici

July 23, 2025 5:25 PM GMT+2 Updated July 23, 2025

- Die US-Umweltschutzbehörde plant, ihre wissenschaftliche Feststellung, dass Treibhausgasemissionen die öffentliche Gesundheit gefährden, rückgängig zu machen und damit die rechtliche Grundlage für alle wichtigen Klimavorschriften zu beseitigen.
- Die Rücknahme der „Gefährdungsfeststellung“ würde eine der folgenreichsten Bundesnormen aushöhlen, die es den USA ermöglicht hat, den Klimawandel durch die Regulierung von Fahrzeugen, Industrien und Energieerzeugungsanlagen, die wärmespeichernde Treibhausgase ausstoßen, zu bekämpfen. Ohne diese Feststellung könnte die EPA wichtige Vorschriften zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen leichter aufheben.